

zeugung, daß sich die Lage der öffentlichen Sicherheit nach der Übergabe verbessern werde. (XNA, 20.5.99)

Nach einer Meldung der *South China Morning Post* soll ein Drittel der Soldaten in Macau selbst stationiert werden, zwei Drittel dagegen in Zhuhai. Macau ist mit seinen 21 qkm (= 2% der Größe Hongkongs) einfach zu klein. Falls eine Vorhutabteilung der VBA vor der Übergabe nach Macau geschickt würde, so würde sie nur aus ein paar Dutzend unbewaffneter Verbindungsoffiziere bestehen. (SCMP, 24.5.99) -ljk-

32 Lob des Internationalen Währungsfonds für Macau

Der Internationale Währungsfonds (IWF) lobte am 4. Mai in seinem Jahresbericht Macau dafür, daß es der Enklave angesichts stagnierender Wirtschaftstätigkeiten in den letzten Jahren gelungen sei, eine relative Finanzstabilität, eine moderate Inflation und eine starke Zahlungsbilanzposition zu bewahren. „Dies ist in beträchtlichem Maß den Erfolgen von Macaus Regierung bei der Einhaltung einer vorsichtigen Steuerpolitik und der Verteidigung des fixen Wechselkursystems angesichts des zunehmenden negativen Einflusses der Asienkrise in den Jahren 1997 und 1998 zu verdanken.“ Diese Krise hatte zur Folge, daß Macaus reales Bruttoinlandsprodukt 1997 nicht wuchs und 1998 um geschätzte 3,5% abnahm. Die Inflation fiel von etwa 5% 1996 auf 3,5% 1997 und weiter auf etwa 0,25% 1998. Obwohl die Gesamtexporte 1998 um 2,5% abnahmen, behielt Macaus Leistungsbilanz seinen großen Überschuß. Die offiziellen internationalen Reserven lagen Ende 1998 bei 2,5 Mrd. US\$, was etwa 12 Monaten Warenimporte und Dienstleistungen entspricht. Laut IWF-Bericht würden die Aussichten auf eine Erholung der Wirtschaft Macaus im Jahr 1999 von der Erholung in der Region abhängen, insbesondere in China und Hongkong. Die Regierung von Macau sollte die Ausgaben verstärken, wenn seine Wirtschaft keine Anzeichen von Erholung zeige. Mittelfristig riet der IWF der Regierung dazu, die enge Steuerbemessungsgrundlage durch Ausweitung der Einkommens- und Umsatzsteuer zu

verbreitern. Für ein nachhaltiges langfristiges Wachstum seien eine verbesserte Produktivität und eine breitere wirtschaftliche Basis vonnöten, und für Macaus Erfolgsaussichten sei es ganz entscheidend, die Unternehmenssteuern niedrig zu halten. Der IWF lobte Macau für seine Bemühungen um die Verbesserung der Qualifikation der Arbeiter und die weitere Entwicklung des Dienstleistungssektors, drängte aber auf verstärkte Bankenaufsicht, insbesondere bei Banken, die sich in hohem Maß auf den Immobilienmarkt eingelassen hätten. (XNA, 9.5.99) -ljk-

Taiwan

33 Oppositionspartei DPP nominiert Präsidentschaftskandidaten und revidiert Parteiprogramm

Taiwans bedeutendste Oppositionspartei, die Demokratische Fortschrittspartei (Democratic Progressive Party, DPP), stellte auf ihrem Parteikongreß am 8. und 9. Mai wesentliche Weichen für den Präsidentschaftswahlkampf im kommenden Jahr. Dabei ging es sowohl um die Kandidatennominierung als auch um das Parteiprogramm. Im Zentrum des Interesses stand der frühere Bürgermeister von Taipei Chen Shui-bian, der auch nach seiner Niederlage bei den Wahlen vom letzten Dezember nach wie vor als populärster DPP-Politiker gilt.

Der Kongreß gewann eine zusätzliche Bedeutung dadurch, daß das Klima in der Partei seit der Wahlschlappe durch eine parteiinterne Auseinandersetzung um Personen und Ziele belastet war. In jüngster Zeit hatte sich der Streit zusätzlich dadurch verschärft, daß Hsu Hsinliang (Xu Xinliang), ein Gründungsmitglied und früherer Vorsitzender der Partei sowie eines ihrer politisch schergewichtigen Repräsentanten, angekündigt hatte, die DPP verlassen zu wollen. Am 7. Mai machte Hsu den Parteiaustritt nun wahr. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 10.5.99; vgl. C.a., 1999/4, Ü 39)

Die Parteiführung bedauerte diesen im unmittelbaren Vorfeld des Parteikongresses vollzogenen Schritt als „unnötig und unvernünftig“; gleichwohl hieß es, die Leistungen Hsus könnten nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die intensiven Bemühungen der DPP-Führung, Hsu zum Bleiben zu bewegen, waren damit gescheitert. Hsu begründete sein Ausscheiden damit, daß die DPP-Mehrheit seine Ansicht nicht teile, wonach eine schnellere Verständigung mit der Pekingener Regierung und insbesondere die Einrichtung direkter Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen mit dem Festland erforderlich seien. Zuvor hatte Hsu als einer der möglichen DPP-Kandidaten für die nächsten Präsidentschaftswahlen gegolten. Sollte Hsu nun als unabhängiger Kandidat ins Rennen gehen, würde dies die Chancen des DPP-Kandidaten schmälern.

Dessen Nominierungsverfahren bildete eines der zwei Hauptthemen des Parteitags. Die bestehenden Regeln, wonach die Bürgermeister der Großstädte Kaohsiung (Gaoxiung) und Taipei bis vier Jahre nach dem Ausscheiden aus ihrem Amt nicht als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt werden dürfen, hätten die Nominierung von Chen Shuibian als aussichtsreichstem Wettbewerber verhindert. Nun beschloß der Parteitag mit 219 zu 64 Stimmen zusätzliche Regeln. Demnach soll die genannte Ausschußklausel dann nicht gelten, wenn ein Kandidat von mindestens 40 Personen aus der Parteileitung unterstützt wird. Zudem wird dem Parteikongreß eingeräumt, einen Kandidaten auch dann zu nominieren, der dieses Quorum nicht erfüllen konnte. Auf diese Weise wurde im Hinblick auf eine Kandidatur Chens die bisherige Ausschußklausel zwar nicht formal aufgehoben, aber praktisch außer Kraft gesetzt. (FCJ, 14.5.99)

Aufgrund der neuen Regeln votierten schließlich 155 von 199 Mitgliedern des DPP-Zentralkomitees für Chen. Nachdem dieser eine Kandidatur zuvor mehrfach abgelehnt hatte, erklärte er sich schließlich doch bereit, bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten. Die DPP ist damit die erste der taiwanischen Parteien, die sich auf einen Kandidaten für die Nachfolge des Amtsinhabers Lee Teng-hui (Li Denghui) festgelegt hat. Seine endgültig

tige Bestätigung durch einen außerordentlichen DPP-Kongreß im Juli dürfte nur noch eine Formsache sein. (CP, 27.5.99, LHB, NZZ und FT, 28.5.99)

Das zweite große Thema des Parteitags war eine Revision des Programms, das bislang im Falle eines Wahlsiegs die Ausrufung einer Republik Taiwan vorsah. Da China an seiner Auffassung festhält, wonach Taiwan lediglich eine abtrünnige Provinz darstellt und im Falle einer formellen Unabhängigkeitserklärung der Inselrepublik mit militärischer Intervention drohte, galt dieses politische Ziel der DPP bislang als wichtigstes Hindernis beim Versuch, die seit dem Zweiten Weltkrieg regierende Kuomintang von der Macht zu verdrängen. Tatsächlich lehnt die übergroße Mehrheit der Bürger eine formelle Unabhängigkeit der Insel wegen des damit verbundenen Kriegsrisikos ab.

Der Parteikongreß beschloß nunmehr eine Annäherung an die Position der Kuomintang, derzufolge Taiwan bereits faktisch unabhängig sei. Die offizielle Staatsbezeichnung „Republik China“ könne einstweilen beibehalten werden, und es müsse zur Frage der Unabhängigkeit im Falle eines Wahlsiegs auch nicht sofort eine Volksabstimmung durchgeführt werden, wie die DPP dies früher forderte. Allerdings lehnt die DPP nach wie vor die offizielle Auffassung der Nationalen Volkspartei Kuomintang ab, daß es nur ein China gebe, daß Taiwan Teil dieses einen China sei und mit dem Festland wiedervereinigt werden könne, wenn sich dort ein demokratisches System etabliert habe. Gleichzeitig spricht sich die DPP für einen intensiveren Dialog mit China aus. (IHT, 7.5.99; Central News Agency, Taipei, nach SWB, 10.5.99; FT und AWSJ, 10.5.99)

Ob die neue politische Linie, die auf eine weitgehende außenpolitische Kontinuität hinausläuft, von den Wählern als ausreichend angesehen wird, um Taiwan seinen halbwegs sicheren Status quo zu erhalten, bleibt abzuwarten. Auch aufgrund der heftigen Flügelkämpfe in der Partei jedoch, die der Neuorientierung vorausgingen, sowie aufgrund des Parteiaustritts von Hsu Hsin-liang sank das öffentliche Ansehen der DPP mittlerweile auf einen Tiefpunkt. In einer am 7. Mai

durchgeführten Meinungsumfrage erklärten nur noch 36 Prozent der Befragten, die DPP entspreche dem Bild einer verantwortungsbewußten politischen Partei. Bei einer ähnlichen Umfrage im letzten Jahr waren noch 55 Prozent dieser Ansicht gewesen. (FCJ, 14.5.99) Ferner ergab eine Umfrage unter den Delegierten des DPP-Kongresses, daß selbst unter diesen nur 20 Prozent von einem Wahlsieg im kommenden Jahr ausgingen. (FT, 10.5.99) -hws-

34 Präsident Lee Teng-hui publiziert sein politisches Vermächtnis

Taiwans Präsident Lee Teng-hui (Li Denghui), der nach zwölfjähriger Amtszeit zu den nächsten Wahlen im Jahr 2000 nicht mehr kandidieren wird, hat sein politisches Vermächtnis veröffentlicht, mit dem er die Leistungen seiner Amtszeit bilanziert und seinem Nachfolger die weitere Richtung weisen möchte. Das 336 Seiten starke Buch des 76jährigen erschien Mitte Mai unter dem chinesischen Titel *Taiwan de zhuzhang* - „Taiwans Standpunkt“ - sowie gleichzeitig in einer japanischen Edition aufgrund der Tatsache, daß es aus Interviews mit einem japanischen Journalisten hervorgegangen ist. Der Titel der englischen Ausgabe, die ebenfalls bald erscheinen soll, wird dagegen mit *With the People always in My Heart* angegeben.

Unter Lee, dem ersten direkt gewählten Präsidenten der Inselrepublik, vollzog Taiwan die wesentlichen Schritte zur Demokratisierung, nachdem erst 1987 das Kriegsrecht aufgehoben worden war. Lee ist sich seiner Leistung voll bewußt und verweist auf eine Analyse Samuel Huntingtons, der die Demokratie auf Taiwan als dauerhaft ansieht. Sie werde überleben, auch wenn Lee - so Huntington - nicht mehr Präsident sei. Im Gegensatz dazu werde das singapurische System einer faktischen Ein-Parteien-Herrschaft nicht über das politische Leben seines Schöpfers Lee Kuan Yew hinaus Bestand haben.

Unter den der Presse vorab übermittelten Auszügen erregten jedoch jene Passagen das meiste Aufsehen, die sich auf die Frage der China-Taiwan-Politik bezogen. Der Autor

stellt hierzu fest, daß die Demokratie auf der Insel und das taiwanische Wirtschaftswunder einzig Taiwans Bevölkerung zu danken seien. Die Kommunisten vom Festland hätten hierzu nichts beigetragen und hätten daher auch kein Recht, die Insel zu beanspruchen. Während Lee die Großchinalpolitik der KP Chinas zurückweist, bleibt er mit einer neuen Zukunftsvision dem Standpunkt der Kuomintang (und der KP) dennoch treu, wonach Taiwan Teil Chinas sei: Er schlägt vor, China in sieben Regionen aufzuteilen, die sich gemäß ihrem jeweiligen Potential autonom entwickeln sollten. Explizit genannt werden Taiwan, Tibet, Xinjiang, die Innere Mongolei sowie der Nordosten, die frühere Mandschurei. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 17.5.99; ZYRB, 17.5.99 und 20.5.99; AWSJ, 17.5.99; SCMP, Internet-Ausgabe, 17.5.99; CP, 18.5.99; *Die Welt*, Internet-Ausgabe, 19.5.99)

Teilweise ohne Lees Argumentation im einzelnen zu kennen oder gar das ganze Buch gelesen zu haben, stürzten sich die politischen Kommentatoren auf dem Festland sogleich auf Lees Ansichten zur China-Taiwan-Frage. Li sei ein unbelehrbarer Separatist und überhaupt kein richtiger Chinese. Schließlich gebe er selbst an, die ersten 20 Jahre seines Lebens Japaner gewesen zu sein und in der japanischen Armee gedient zu haben. Seine „Sieben-Teile-Theorie“ sei von den USA, Japan und antichinesischen Politikern ausgeheckt worden. Sie würde die taiwanische Bevölkerung in einen Abgrund des Elends stürzen. Lee hasse die chinesische Nation und sei erst dann zufrieden, wenn er China von der Erdoberfläche getilgt habe. (ZTS, nach SWB 25.5.99; CD, 24.5.99, 31.5.99, 4.6.99)

Auch Lees Diktum vom „neuen Taiwanbürger“, der ungeachtet seiner Abstammung oder Herkunft eine taiwanische Identität besitze und dem Wohl Taiwans verpflichtet sei, wurde von den Festlandskommentatoren in dem Zusammenhang erneut angegriffen. Diese Theorie diene ebenfalls nur der Spaltung des Mutterlandes, ebenso wie auch die Auffassung, wonach das Volk (Taiwans) der Souverän sei - bekanntlich lehnt die KP Chinas eine Volksabstimmung in Taiwan über die Zukunft der Insel strikt ab. Doch

auch die Neue Partei (NP), die sich von der liberaleren Kuomintang abgespalten hatte und nun die drittstärkste Oppositionspartei auf der Insel bildet, verdammt Lees Vorschläge als „kristallklaren Separatismus“. (SCMP, Internet-Ausgabe, 20.5.99)

Sieht man von der utopischen „Sieben-Teile-Lehre“ ab, so scheint Lees Buch hinsichtlich der China-Taiwan-Frage tatsächlich wenig Neues zu enthalten. Soweit bekannt, reflektiert der Autor hier lediglich, was in Taiwan weit verbreitete Überzeugung ist und die Politik der Regierungspartei seit Jahren bestimmt. Auch die festländischen Kommentatoren, die in der persönlichen Verteufelung Lees geradezu wetteiferten, müßten wissen, daß Taiwans Status und seine zukünftige Entwicklung kaum davon abhängen, was ein Lee Teng-hui für richtig und wünschenswert hält, und sei dieser auch noch für ein paar weitere Monate Präsident einer abtrünnigen Provinz. -hws-

35 Reaktionen in Taipeh auf die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad: Sorge und Proteste

Der taiwanische Rat für Festlandsfragen (Mainland Affairs Council, MAC), der in Funktion und Rang etwa dem früheren Innerdeutschen Ministerium in Bonn entspricht, brachte am 10. Mai sein tiefes Bedauern über die Opfer zum Ausdruck, die die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad gefordert hatte. Diese wurde als „tragischer Vorfall“ bezeichnet. Gleichzeitig äußerte das MAC die Hoffnung, die Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland würden dadurch nicht belastet. Später erklärte auch Premierminister Vincent Siew, daß Taiwan keine Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Regierungen in Peking und Washington wünsche. (Central News Agency, nach SWB, 12.5.99 und 13.5.99)

Hinter diesen Äußerungen stand die Sorge, die US-Regierung könnte im Bestreben, den vom Nato-Bombardement angerichteten politischen Schaden wieder gutzumachen, chinesischen Forderungen in Bereichen nachgeben, die Taiwans Sicherheit betreffen, zum Beispiel indem Waffen-

verkäufe der USA an Taiwan eingeschränkt oder unterbunden werden. Vielfach wurde in Taiwan erwartet, daß China die Situation ausnützen werde, um die USA in taiwanbezogenen Fragen zu Zugeständnissen zu nötigen. Daher seien gute Beziehungen zwischen China und den USA auch gut für Taiwan. (AWSJ, 12.5.99)

Um mögliche Rückwirkungen auf das Verhältnis zum Festland zu minimieren, brachte Koo Chen-fu (Gu Zhen-fu), Taiwans Hauptverhandlungsführer im chinesisch-chinesischen Dialog, den Familien der Todesopfer denn auch sein Beileid zum Ausdruck und wünschte den Verletzten rasche Genesung. (Central News Agency, nach SWB 15.5.99)

Während die festlandchinesische Presse kolportierte, daß „viele taiwanische Landsleute“, die auf dem Festland investiert hatten oder dort lebten, die Bombardierung verurteilten, blieben öffentliche Proteste in Taipeh erwartungsgemäß weitgehend aus. Lediglich ein Häuflein von 40 bis - laut SCMP - „über 100“ Aktivisten der chinaorientierten China Unification Front und ähnlicher linker Gruppen demonstrierte vor der inoffiziellen US-Vertretung in Taipeh, indem sie eine amerikanische Flagge verbrannten und mit Eiern und roter Tinte warfen. (SCMP, Internet-Ausgabe, 11.5.99; Central News Agency, nach SWB, 12.5.99) -hws-

36 Taiwan erleichtert langfristige Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer

Ein Mitte Mai vom Parlament verabschiedetes neues Gesetz erlaubt Ausländern, die seit mindestens sieben Jahren in Taiwan leben oder mit einem Bürger bzw. einer Bürgerin Taiwans verheiratet sind und dort seit mindestens fünf Jahren leben, eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen. Sie müssen die Insel nach dem Tod des taiwanischen Ehepartners nun auch nicht mehr verlassen. Eine ähnliche Erleichterung kommt Kindern gemischt taiwanisch-ausländischer Ehepaare zugute. Die größte Gruppe, die von den neuen Regeln profitieren wird, sind über 50.000 mit Taiwanern verheiratete Frauen aus Südostasien.

Dasselbe Gesetz erleichtert auch Auslandsreisen von Taiwanern. Sie müssen nun kein Ausreise- und Wiedereinreisevisum mehr beantragen, ehe sie nach Übersee aufbrechen. (SCMP, 15.5.99; FCJ, 21.5.99) -hws-

37 USA gibt Taiwan Zusage zum Kauf eines Frühwarnsystems. Bedrohen chinesische Atombomben die Insel?

Vertreter der taiwanischen Streitkräfte führten Ende April/Anfang Mai Gespräche in den USA über mögliche Waffenkäufe. Auf der Einkaufsliste stand auch ein Frühwarnsystem, das Taiwan fünf Minuten mehr Zeit geben soll, auf vom Festland anfliegende ballistische Raketen zu reagieren und diese möglicherweise abzuschießen. Tatsächlich erhielt Taiwan dann am 1. Mai die prinzipielle Zusage der US-Regierung, wonach Taiwan ein modernes Frühwarnsystem erwerben könne. Im kommenden Haushaltsjahr wird Taiwans Verteidigungsetat bereits Mittel dafür ausweisen. Auch der Kauf wird vermutlich im nächsten Jahr erfolgen. Der Wert der Anlagen, die in zwei Komplexen in Nord- und Südtaiwan installiert werden sollen, wird auf rund 800 Mio. US\$ beziffert. Die Zusage der USA hängt zum einen mit dem rein defensiven Charakter des Systems und zum anderen mit der akuten Gefährdung Taiwans durch Raketen zusammen, die China entlang der Taiwan gegenüberliegenden Küste von Fujian aufgestellt hat. Die chinesische Regierung protestierte gegen die Verkaufszusage. (*Zhongguo Shibao* [*Chung Kuo Shih Pao*], nach SWB, 1.5.99; LHB, nach SWB, 1.5.99; ZYRB, nach SWB, 1.5.99; SCMP, Internet-Ausgabe, 1.5.99; IHT, 2.5.99; FAZ, 3.5.99)

Ende des Monats sorgte dann ein Bericht aus dem US-Repräsentantenhaus für Wirbel. Dieser Text, nach seinem Herausgeber Christopher Cox als „Cox-Report“ bekannt, bezieht sich vor allem auf das Ausmaß der chinesischen Militärsplionage in den USA und dramatisiert deren Folgen, indem er für möglich erklärt, daß China im Falle eines Angriffs auf Taiwan auch Atomwaffen einsetzt. Dabei würde China den Einsatz von Neutronenbomben bevorzugen, die vor allem Le-

ben töten, aber nur geringe Sachschäden verursachen.

Das Aufsehen, das diese Nachricht in den taiwanischen Medien hervorrief, übertraf den tatsächlichen Neuigkeitswert jedoch bei weitem. Experten in Taiwan wiesen zu Recht darauf hin, daß China beim Angriff auf Taiwan nicht auf Atomwaffen angewiesen ist und daß die Verwendung solcher Waffen unnötige Schäden anrichten, in China selbst Proteste auslösen und die internationale Lage verkomplizieren würde. Daß China gegen Taiwan tatsächlich Nuklearwaffen einsetzen würde, sei daher kaum wahrscheinlich. (Radio Taipei International, nach SWB, 27.5.99; Central News Agency, Taipei, nach SWB, 27.5.99 und 28.5.99; Kyodo News Service, Tokyo, nach SWB, 28.5.99) -hws-